

EUROPA IM ZEITALTER DER KRIEGE

Seit einem Vierteljahrhundert wird auf der Welt ununterbrochen Krieg geführt. 1999 hat die NATO Serbien bombardiert, um die Unabhängigkeit des Kosovo zu erreichen. Die Attentate vom 11. September 2001 haben den „weltweiten Krieg gegen den Terror“ ausgelöst. Die darauf folgenden Kriege in Afghanistan und im Irak haben dann aber dazu beigetragen, dass sich der islamische Terror weiter ausgeweitet hat. Der „Arabische Frühling“ führte zu Bürgerkriegen und Chaos im Nahen Osten und in Nordafrika. In Europa führte der Kampf um Einflusssphären zum Krieg in der Ukraine. Und die Auseinandersetzungen zwischen Israel und den Palästinensern haben seit dem Hamas-Anschlag am 7. Oktober 2023 einen neuen Höhepunkt erreicht.

Wie haben sich all diese Kriege auf Europa ausgewirkt? Auf die europäische Integration, auf die politische und wirtschaftliche Orientierung der Europäischen Union? Eine entscheidende Konsequenz zeichnet sich sehr deutlich ab: Das europäische Friedensprojekt wurde auf den Kopf gestellt. Aus der europäischen Integration, die ein in der Geschichte wohl einmaliges Friedensmodell darstellte, wurde eine Kriegsallianz.

1. Das Friedensprojekt Europa-die Revolution in der europäischen Diplomatie

Mit der Gründung des Europarates im Jahre 1949 hat eine „Revolution in der europäischen Diplomatie“ stattgefunden. Ziele und Mittel der Außenpolitik der Mitglieder des Europarates haben sich grundsätzlich geändert: 1000 Jahre lang war Außenpolitik Machtpolitik. Es ging um die Vergrößerung der Macht des eigenen Landes, um den Ruhm seines Herrschers. Als Mittel dazu dienten Realpolitik, Staatsräson und Krieg.

Nunmehr wurde die traditionelle Machtpolitik durch eine Politik der Zusammenarbeit zum Wohl der Bürger ersetzt: Aus Warfare wurde Welfare, aus Konfrontation wurde Kooperation, Human Security wurde wichtiger als National Security. Diese Politik baute auf auf gemeinsamen Werten wie Demokratie, Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit. Die Förderung der Wohlfahrt der Bürger wurde auch die Legitimation für das außenpolitische Handeln. Der Wohlfahrtsstaat erhielt eine internationale Dimension. Kriege zur Durchsetzung nationaler und machtpolitischer Interessen wurden für die Mitglieder des Europarates undenkbar. Damit wurde Europa ein Kontinent des Friedens, der Wohlfahrt, der Menschenrechte, mit Vorbildfunktion im Umweltschutz und führend in der Entwicklungshilfe.

2. Das hegemoniale Streben der USA

In den USA hat diese „Revolution der Diplomatie“ nicht stattgefunden. Im Gegenteil. Nach dem Sieg über den Kommunismus fühlten sich die USA darin bestätigt, eine auserwählte Nation zu sein. Selbst politische Feinde wie Joe Biden und Donald Trump sind sich darin einig. Beide glauben an den „American Exceptionalism“, also daran, dass die Vereinigten Staaten eine auserwählte Nation sind, dazu berufen, die Welt zu führen.

In diesem Sinne sprach Francis Fukuyama nach dem Sieg im Kalten Krieg vom „Ende der Geschichte“. Gemeint war der endgültige Sieg der amerikanischen Vorstellungen von Demokratie und Kapitalismus. In den Vereinigten Staaten selbst prägte Charles Krauthammer den Begriff vom „unipolar Moment“. Gemeint war, dass sich die weltweite Vorherrschaft Amerikas durchgesetzt hat. Und das sollte auch so bleiben. Die USA hatten nun die Möglichkeit, die neue Weltordnung ausschließlich nach eigenen Interessen zu gestalten.

In einer „Defense Planning Guidance“ wurde noch unter Verteidigungsminister Dick Cheney 1992 festgelegt, dass es die „politische und militärische Mission der USA ist, zu verhindern, dass irgendwo auf der Welt eine Militärmacht entsteht, die den amerikanischen Führungsanspruch infrage stellen könnte“. Unter Präsident Bill Clinton wurden dann militärische Interventionen unter den Schlagworten „liberaler Interventionismus“ oder „humanitäre Interventionen“ weiter ausgebaut. „Amerikanische Werte“ sollten weltweit durchgesetzt werden. Die NATO war berufen, überall dort einzugreifen, wo es um amerikanische Interessen ging. In diesem Sinne erklärte auch George W. Bush während seiner Kandidatur für die Präsidentschaft: „Der allmächtige Gott und die Geschichte haben Amerika als Vorbild für die Welt auserwählt“.

3. Die Ukraine-ein Kernland für die amerikanische Vorherrschaft

In seinem Buch „The grand Chessboard: American Primacy and its Geostategic Imperatives“ hat Zbigniew Brzezinski dargelegt, dass in Eurasien, also im Raum zwischen Lissabon und Wladiwostok, wie auf einem Schachbrett, entschieden wird, welches Land in Zukunft die Welt führen wird. Dabei hat er der Oberhoheit über die Ukraine eine ganz entscheidende Bedeutung beigemessen. Für ihn war die Vormachtstellung über die Ukraine die grundsätzliche Voraussetzung für die Hegemonie in Eurasien.

Deshalb müsse alles getan werden, um die Dominanz einer gegnerischen Macht über die Ukraine zu verhindern. Brzezinski kann also durchaus als Vordenker für den Krieg in der Ukraine erachtet werden. Er hat immer wieder ganz offen gesagt: ohne die Ukraine ist Russland keine Vormacht mehr.

Entscheidend ist auch, dass die neue Sicherheitsordnung in Europa nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion gegen Russland aufgebaut wurde. Hatte die westliche Politik im Kalten Krieg durchaus defensiven Charakter, was auch in einer defensiven Haltung der NATO zum Ausdruck kam, so gingen die USA nach dem Zusammenbruch des Kommunismus offensiv vor. Wollte man im Kalten Krieg den Gegner durch „Containment“ in Schranken halten, so sollten in der „neuen internationalen Ordnung“ Widersacher durch „Regime change“ und „Roll-back“ in die Knie gezwungen werden. Victoria Nuland hat diese Haltung schon vor Jahren sehr klar zum Ausdruck gebracht, wenn sie feststellte, die USA gaben in der Ukraine so viele Milliarden Dollar aus, dass sie nunmehr auch das Recht hätten, dort die Politik zu bestimmen.

Starke Verbündete in ihrer Politik gegen Russland fanden die USA in den früheren kommunistischen Staaten Osteuropas, insbesondere mit Polen und im Baltikum. Während das „Friedensprojekt Europa“ nach dem Zweiten Weltkrieg darin bestand, dass Jahrhunderte dauernde Erb Feindschaften beigelegt wurden, waren diese

Länder bestrebt, die durch die NATO- Mitgliedschaft gewonnene Stärke gegen Russland einzusetzen. Man glaubte auch, nur dann zum Westen zu gehören, wenn man sich Moskau gegenüber möglichst aggressiv gebärdete. Exponenten der amerikanischen Außenpolitik wie John McCain unterstützten diese Haltung unter dem Motto „Euer Kampf gegen Russland ist unser Kampf“.

Und dieser Kampf wurde jahrelang systematisch vorbereitet und betrieben. Ein entscheidender Punkt dabei war die Diabolisierung von Wladimir Putin, die schon sehr bald nach seiner Wahl zum Präsidenten Russlands eingesetzt hat. Das klare Ziel war, die westliche Öffentlichkeit im Kampf gegen Russland zu motivieren und zu mobilisieren. Diese Haltung zeigte sich bereits in einer Titelgeschichte des „*Economist*“ im November 2003. Darin wurde Putin als „Vlad the Impaler“, also als Blutsauger dargestellt. Putin wurde bei jeder Gelegenheit als „das Böse schlechthin“ bezeichnet. Ziel dabei war es, in Moskau einen Regime-change zu erreichen, sowie die Bereitschaft, gegen Russland zu kämpfen. Ein wesentlicher Teil dieses Kampfes bestand darin, die amerikanische Oberhoheit über die Ukraine zu erreichen.

4. Europa hat die „Logik des Krieges“ übernommen

Während in Europa zwei Generationen lang die Integration als Friedensprojekt verwirklicht wurde, war für die amerikanischen Eliten der Krieg immer ein Teil der Außenpolitik nach dem Motto „Foreign Policy without the Backing of the Military is like a Base-ball Game without a Base-ball Bat“.

In diesem Sinne haben die USA die Europäer immer gedrängt, sich an ihren Kriegen sowie an ihrer kriegesischen Politik zu beteiligen. Als sich der französische Staatspräsident Jacques Chirac und der deutsche Bundeskanzler Gerhard Schröder 2003 weigerten, an der Irak- Invasion teilzunehmen, führte das zu ernsthaften transatlantischen Spannungen. „French Fries“ wurden in „Freedom Fries“ umbenannt. Als der amerikanische Präsident George W. Bush beim NATO-Gipfel in Bukarest 2008 massiv für eine NATO-Mitgliedschaft der Ukraine und Georgiens eintrat, haben die europäischen Verbündeten noch zu einem behutsameren Vorgehen geraten. Sie wussten, dass Russland alles tun würde, um zu verhindern, dass sich die NATO des Flottenstützpunkts von Sewastopol bemächtigte. Dieser war immerhin seit Katharina der Großen ein Vorposten der russischen Sicherheitspolitik.

Ganz entscheidend war dann, dass die Europäische Union im Jahre 2013 von der Ukraine verlangte, sich durch die Unterzeichnung eines Assoziierungsabkommens ganz an den Westen zu binden. Eine Brückenfunktion zwischen der EU und Russland wurde der Ukraine nicht zugestanden.

Die Erwartungshaltung in der Ukraine vor der beabsichtigten Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens war groß. Offensichtlich glaubten viele, dadurch würde der Lebensstandard dramatisch gehoben, die anstehenden politischen und wirtschaftlichen Probleme könnten damit gelöst werden. Als dann die ukrainische Regierung im November 2013 erklärte, das Assoziierungsabkommen aussetzen zu wollen, kam es zu Demonstrationen auf dem Maidan, die im Februar 2014 zu einem Regime-change führten. Der demokratisch gewählte Präsident Viktor Janukowytsch wurde durch einen Putsch gestürzt und musste außer Landes fliehen.

Kurz darauf besetzten russische Truppen die Krim. Der pro-westliche Milliardär Poroschenko wurde Staatspräsident. Am 27. Juni 2014 wurde das EU-Assoziierungsabkommen unterzeichnet. Das neue Parlament in Kiew beschloss, UkrainerInnen mit russischer Muttersprache deren Gebrauch zu untersagen. Im Gegenzug erklärten sich die Regierungen Donezk und Lugansk unabhängig, was zum Krieg im Osten des Landes führte.

Während also die Europäer beim NATO-Gipfel 2008 noch versucht hatten, hinsichtlich der Mitgliedschaft der Ukraine eine ausgleichende Haltung einzunehmen, sind sie nur wenige Jahre später total auf die amerikanische Linie eingeschwenkt. An den Demonstrationen auf dem Maidan haben neben zahlreichen amerikanischen Spitzenpolitikern auch europäische teilgenommen. Die Ukraine sollte voll und ganz in die westliche Einflussosphäre integriert werden. In den folgenden Jahren konnte die NATO in der Ukraine eine Armee von 700 000 Mann aufbauen. Abkommen mit Russland, wie jenes in Minsk, wurden nur unterzeichnet, um Zeit für die Aufrüstung zu gewinnen. Im Osten der Ukraine begann der Krieg gegen die von Russland unterstützten Separatisten, bei dem letztlich immerhin 14 000 Todesopfer zu beklagen waren.

Bis 2020 verfügte die Ukraine über eine Streitmacht, die größer war als die Armeen Großbritanniens Frankreichs und Deutschlands zusammen. Das war eine Entwicklung, die Russland als Bedrohung ansehen konnte. Dazu kam noch, dass die USA 2019 einseitig aus dem INF (Intermediate Nuclear Force)-Vertrag ausstiegen. Dieser Vertrag hatte den Einsatz von Raketen mit einer Reichweite von 5500 km in Europa untersagt.

Trotz immer noch bestehender Vorbehalte anderer NATO-Mitglieder drängten die USA massiv weiter auf eine NATO-Mitgliedschaft der Ukraine, so auch im September 2021. Zu diesem Zeitpunkt war Kiew so weit aufgerüstet, dass die Möglichkeit bestand, die Rebellion der russischsprachigen Bevölkerung im Osten niederzuschlagen. Von russischer Seite wird behauptet, eine entsprechende ukrainische Großoffensive wäre für Anfang 2022 geplant gewesen.

Zur selben Zeit, im Dezember 2021, forderte Präsident Putin offiziell schriftliche Sicherheitsgarantien, um Bedrohungen Russlands durch eine NATO- Erweiterung zu verringern. Gedacht war an eine militärische Neutralität der Ukraine, die Stationierung von US-Truppen an der russischen Grenze zu verbieten und die Stationierung von Raketen in Europa einzuschränken. Das russische Außenministerium legte einen entsprechenden Vertragsentwurf vor, der weitgehend dem entsprach, was bereits Boris Jelzin 1997 gefordert hatte. Wie NATO-Generalsekretär Stoltenberg später betonte, wurden die russischen Vorschläge „nicht einmal ignoriert“.

Moskau wollte Verhandlungen über eine militärische Neutralität der Ukraine. Da der Westen darauf nicht einging, kam Clausewitz zum Tragen: Krieg als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln. Washington wusste das, als es Verhandlungen ablehnte. Man entschied sich für das Risiko eines Krieges, anstatt einen Kompromiss mit Moskau zu suchen. Daraufhin erklärte Präsident Putin am 24. Februar 2022, das „Russland sich nicht sicher fühlen und nicht existieren kann, wenn vom Territorium der modernen Ukraine eine ständige Bedrohung ausgeht“. Russische Truppen marschierten in die Ukraine ein, um dort eine „Entmilitarisierung und Entnazifizierung“ durchzuführen. Vor allem die europäischen Medien nannten diesen Einmarsch von Beginn an einen „unprovozierten Angriffskrieg“. Die wesentliche Frage ist, ob man

Russland eigene Sicherheitsinteressen zugesteht, wie sie etwa die USA während der Raketenkrise in Kuba geltend machten oder nicht.

Es war dann der damalige britische Premierminister Boris Johnson, der nach Kiew flog und darauf bestand, dass bereits begonnene Friedensgespräche zwischen Russland und der Ukraine sofort abgebrochen würden. Mit Putin könne man nicht verhandeln; und der Westen wird den Krieg in der Ukraine unterstützen „as long as it takes“. Damit war Europa endgültig auf Kriegskurs, wobei insbesondere führende europäische Medien diese Politik voll und ganz unterstützten.

In der Zwischenzeit hat die europäische Union im Zeitraum vom Februar 2022 bis September 2024 den Krieg in der Ukraine mit über € 88 Milliarden unterstützt. Im Februar 2024 konnte man in der „Financial Times“ lesen „EU shifts funding focus from climate to defence“. Als Grund für diese neuen Prioritäten bei den Ausgaben wurde der Krieg in der Ukraine genannt. Es ging nunmehr um „strategische Autonomie“ und „Verteidigung“. Dabei waren der Eskalation kaum Grenzen gesetzt. So schrieb die New York Times am 12. März 2024 „Confronting a new nuclear Age-How we returned to the Brink“, stellte also die Frage, wie wir an den Rand des Abgrunds gekommen sind. Der Westen hat die „Unterstützung der Ukraine“ so weit vorangetrieben, dass der Einsatz von Atomwaffen nicht mehr ausgeschlossen ist.

Während der letzten Jahre wurden auch massive Wirtschaftssanktionen gegen Russland verhängt, unter denen EU-Bürger oft mehr leiden als die Russen. Entscheidend ist, dass sich in der Führungsriege der Europäischen Union ein neues Bewusstsein durchgesetzt hat, das mehr auf militärische Stärke setzt als auf diplomatische Verhandlungen. Selbst Außenminister treten jetzt dafür ein, dass die Verteidigungsbudgets erhöht werden und die Europäische Union hat einen eigenen Verteidigungskommissar erhalten. Das „Friedensprojekt Europa“ gibt es nicht mehr. Es wurde von einer Militäralliance abgelöst.

5. Die neue Rolle des „Globalen Südens“

Die „Zeitenwende“ hin zu einem neuen Militarismus in Europa war nicht die einzige fundamentale Auswirkung der Kriege auf unseren Kontinent. Durch die engere Bindung an die USA ist zwar der Westen zusammengerückt, gleichzeitig kann man aber feststellen, dass der „Globale Süden“ eine eigenständige Rolle in der Weltpolitik übernommen hat. So hat der „Economist“ in seiner Ausgabe vom 2. September 2024 im Artikel „UNintended consequences-How the Gaza war is weakening America's clout in the World“ folgendes zur Minderung der amerikanischen Schlagkraft, wie es bei den Vereinten Nationen sichtbar wird, ausgeführt: bei Resolutionen in der Generalversammlung zeigt sich, dass die amerikanische Haltung zu Israel nur mehr von wenigen Rändern unterstützt wird. So hat am 18. September 2024 eine Resolution in der Generalversammlung der Vereinten Nationen, die die israelische Politik kritisierte, eine Mehrheit von 124 Stimmen gegenüber 14 Gegenstimmen erhalten. Südafrika ist beim Internationalen Gerichtshof der Vereinten Nationen gegen Israel vorgegangen. Palästina erhielt das Recht, in der Generalversammlung der UNO Resolutionen einzubringen. Dafür haben China und Russland gestimmt.

Außerdem hat die Mehrheit der Bevölkerung in Staaten wie Indien, Indonesien, Malaysia oder Südafrika, wie Meinungsumfragen zeigen, hinsichtlich des Ukraine-Krieges die russische Haltung übernommen. Der russische Einmarsch in der Ukraine wird immer wieder mit der US - Invasion in den Irak 2003 verglichen. Damals sprach

man im Westen von einem „War of choice“. Man vergleicht die Zerstörungen in Gaza mit jenen in Kiew und wirft dem Westen Doppelbödigkeit vor. Vor allem der im Oktober 2023 neu entflammte Krieg im Nahen Osten weist damit sehr stark die Züge von „The West against the Rest“ auf. Zu verschieden sind oft die unterschiedlichen Maße, die der westlichen Politik zu Grunde liegen.

Die BRICS-Staaten sind zweifellos eine heterogene Gruppe, sie haben dennoch ein klares Ziel: der Westen soll nicht mehr alleine die Spielregeln in den internationalen Beziehungen bestimmen. Dabei sind heterogene Allianzen möglich. Indien etwa arbeitet einerseits mit den Vereinigten Staaten zusammen, kauft aber den Großteil seiner Waffen immer noch in Russland. Auch die Türkei, obwohl NATO-Mitglied, bezieht immer wieder eigene Positionen. Diese Länder haben vielfach eine andere Sicht der Menschenrechte; Demokratie bedeutet für sie vor allem gleiche Rechte für Staaten, nicht so sehr Individualrechte; und auch hinsichtlich der wirtschaftlichen Entwicklung strebt man eigene Modelle an. Jedenfalls wird der Absolutheitsanspruch des Westens infrage gestellt.

Außerdem kann man im „Globalen Süden“ vielfach ein anderes Problembewusstsein feststellen. Während etwa in Europa mit dem Krieg in der Ukraine Sicherheitsfragen im Vordergrund stehen, ist es in Afrika die Schuldenkrise, die Teile der politischen Diskussion bestimmt. Die Brics-Staaten bauen alternative Institutionen auf, die Abhängigkeit vom Westen soll gelockert werden. Das internationale System ist in Fluss geraten, durch die derzeitigen Kriege wird die Neuordnung der Welt beschleunigt.

6. Die wirtschaftlichen Auswirkungen der Kriege

Die wirtschaftlichen Folgen der Kriege sind noch kaum absehbar. Vor allem die Ausdehnung des Krieges im Nahen Osten kann verheerende wirtschaftliche Auswirkungen haben. Ein Schock in der globalen Öl-Versorgung würde zu einer starken Preissteigerung bei Benzin und Diesel, bei Plastik-Produkten und Düngemittel führen. Das wieder hätte Auswirkungen auf Investitionen und könnte zu einer weiteren Rezession in Europa und Afrika führen. Die Weiterentwicklung hängt natürlich davon ab, wie weit der Krieg im Nahen Osten Ölanlagen bzw. Transporte betrifft. Immerhin wird ein Drittel der Produktion der ganzen Welt durch die Straße von Hormuz transportiert. In der New York Times vom 9. Oktober 2024 war jedenfalls zu lesen, dass der Ölpreis von derzeit \$ 76 das Fass auf \$ 130 steigen könnte. Das wäre natürlich ein gewaltiger Inflationsschub.

Richtig ist, dass der Anteil von Öl an der globalen Energieversorgung zurückgegangen ist, von 44 % im Jahre 1971 auf 31 % im Jahre 2010. Trotz des Ausbaus der erneuerbaren Energien ist aber die Gesamtproduktion von Öl gleich geblieben. Ein Preisanstieg würde somit vor allem auch Schwellenländer wie Brasilien und Indonesien schwer treffen. Europa muss zusätzlich darunter leiden, dass Öl- und Gaslieferungen aus Russland weggefallen sind.

Die Kriege der letzten Jahre haben Europa erheblich geschwächt, die Welt mehr gespalten als geeint, mehr Probleme geschaffen als gelöst. Warum in Europa dennoch eine neue Kriegsbegeisterung entstanden ist, müssen jene beantworten, die die Verantwortung dafür tragen.

(*) Dr. Wendelin Etmayer; Abgeordneter zum Nationalrat a.D.; ehemaliger österreichischer Botschafter in Finnland & Estland; Kanada & Jamaika; beim Europarat; Autor; www.wendelinettmayer.at